

## China wächst und wächst

*Peking.* In anderen Ländern kann man von solchen Wachstumszahlen – plus 11,9 Prozent im zweiten Quartal 2007 – nur träumen. Doch zum Feiern dürfte den chinesischen Führern nicht zumute sein. Manchen Experten ist die rasant wachsende chinesische Wirtschaft nicht mehr geheuer, sie befürchten eine Überhitzung. Die Inflation von 4,4 Prozent im Juni, die das Statistische Amt Chinas am Donnerstag bekannt gab, gilt als Zeichen dafür. Es ist der höchste Stand seit fast drei Jahren.

Spekulationen im chinesischen Immobilienmarkt haben dafür gesorgt, dass in vielen Städten neu gebaute Hochhäuser leer stehen. Turbulenzen drohen auch am Aktienmarkt, der auf immer neue Rekordhöhen steigt. Bis zu 400 000 Chinesen richten jeden Tag bei Banken neue Aktiendepots ein, weil sie davon träumen, über Nacht reich zu werden. „Der Wirtschaftsboom wird zum Problem“, warnt Ökonom Liu Jipeng.

Nach drei Jahrzehnten Öffnungspolitik treten zudem die gesellschaftlichen und ökologischen Probleme der raschen Industrialisierung immer offener hervor. 20 der 30 weltweit am stärksten verschmutzten Städte liegen nach Angaben der Weltbank in China. Weil man immer neue und immer tiefere Brunnen bohrt, drohen riesige Gebiete in Nordchina zu verwüsten.

### **Der Arztbesuch ist oft zu teuer**

Soziale Spannungen und Unruhen nehmen zu. Während in den Städten die Gehälter steigen und viele sich Auslandsreisen und teure Autos kaufen können, fühlen sich die Bauern und Wanderarbeiter als Verlierer. Viele sind so arm, dass sie nicht einmal einen Arztbesuch leisten können. Millionen Menschen ziehen jedes Jahr in die großen Städte, um dort Arbeit zu finden.

Mit der Formel „Reich werden ist ehrenhaft“ hatte Ende der 70er Jahre der Reformpolitiker Deng Xiaoping die Politik der wirtschaftlichen Öffnung gestartet. Seitdem galt für Staatsführer wie Lokalpolitiker nur eine Maxime: Wachstum, Wachstum, Wachstum.

Zuerst wurde die kollektive Landwirtschaft zerschlagen, um die Nahrungsmittelproduktion anzukurbeln. In den 90er Jahren brach man den Staatssektor auf und privatisierte einen Großteil der Unternehmen. Niedrige Löhne, laxe Umweltauflagen und der riesige Binnenmarkt lockten ausländische Firmen an. „Made in China“-Produkte eroberten die Erde.

Offiziell nennt sich China bis heute kommunistisch. In Wirklichkeit ist die Volksrepublik jedoch ein Paradies für Kapitalisten. Weil die lokalen Kader weiter allein auf Wachstum setzen und korrupte Beamte in die eigene Tasche wirtschaften, müssen sich die Fabriken weder um Umweltauflagen noch um Arbeitnehmerinteressen kümmern. Unabhängige Gewerkschaften sind verboten. Wenn Zeitungen über den Umweltskandal in der örtlichen Fabrik berichten wollen, erlässt der Parteisekretär einfach eine Zensuranweisung.

## Skepsis auch in der Führung

Vor dem großen Parteitag im Herbst, bei dem die Politik der nächsten fünf Jahre festgelegt und wichtige Posten vergeben werden, nimmt die Kritik an der bisherigen Wirtschaftspolitik zu. Eine Gruppe von 17 Parteiveteranen und Altlinken warf Staats- und Parteichef Hu Jintao in einem offenen Brief, der auf Internetseiten kursiert, Verrat am Kommunismus vor. Durch bedingungslose Privatisierung der Industrie sei das Land und die Partei vom „korrekten Weg abgekommen“, heißt es in dem von ehemaligen Regierungskadern, Militärs und Akademiker unterzeichneten Schreiben. Es drohe der „Tod der Partei und der Tod des Staates“.

Auch wenn die Altlinken kaum noch Einfluss in Partei und Staat haben, dürfte ihre Kritik Gehör finden. Pekings Führer haben erkannt, dass Wachstum allein nicht die Probleme löst. Unter dem Schlagwort der „harmonischen Gesellschaft“ versucht Präsident Hu Jintao die boomende Wirtschaft behutsam in eine sozialere und ökologischere Richtung zu lenken. China müsse sich langsamer und nachhaltiger entwickeln, erklärte Premier Wen Jiabao auf dem Volkskongress im März. Doch bisher ist es Peking nicht gelungen, den Boom zu zähmen.

Copyright: Frankfurter Rundschau